

Opfer hat Priester jetzt für sich „begnadigt“

Nach einer intensiven Aufarbeitung hat der damals Minderjährige den Fall für sich abgeschlossen – Bistum Trier: Dass dem Geistlichen „nichts geschah“, stimmt so nicht

Von unserer Redakteurin
Stefanie Braun

■ **Trier/Region.** Der Fall ist 40 Jahre her und beschäftigt Werner Huffer-Kilian bis heute: Damals kam es zu sexuellen Handlungen zwischen ihm und einem Priester, die Huffer-Kilian heute als Missbrauch empfindet. Neben dem heutigen Pastoralreferenten des Dekanats Maifeld-Untermosel gab es zudem einen damals 15-Jährigen, der Missbrauchsvorwürfe gegenüber dem Priester erhob. Dessen Mutter brachte den Fall vor das Bistum Trier, die sich nach der Veröffentlichung durch Huffer-Kilian ebenfalls mit einer Stellungnahme zu Wort melden. Das sagen das Bistum sowie der damals 15-Jährige, der seinen Namen nicht öffentlich machen möchte, zu dem verjährten Vorfall:

So äußert sich das Bistum Trier zu Fall und Aufarbeitung: In einer Stellungnahme antwortet das Bistum Trier auf Anfrage der RZ zu den beiden Fällen und deren Aufarbeitung: Zum einen gebe es seit dem Jahr 2020 eine neue „Ordnung für den Umgang mit sexuellem Missbrauch Minderjähriger und schutz- oder hilfsbedürftiger Erwachsener durch Kleriker und sonstige Beschäftigte im kirchlichen Dienst“. In dieser aktuellen Ordnung seien erwachsene Schutzbefohlene besser berücksichtigt, heißt es in der Stellungnahme. Dies sei zum Zeitpunkt der Meldung durch Huffer-Kilian im Jahr 2011 noch anders gewesen. Damals wurde lediglich der sexuelle Missbrauch an Minderjährigen berücksichtigt. 2011 lag dem Bistum bereits eine Meldung aus dem Jahr 2010 vor, diese stammte von dem zum Tatzeitpunkt 15-Jährigen. Diesem Hinweis sei nachgegangen worden, nach Kontakt mit dem Betroffenen und dem Priester verständigte man sich auf eine Media-

tion. Eine kirchenrechtliche Voruntersuchung sei formal nicht eingeleitet worden, auch eine Meldung an die Staatsanwaltschaft und die Glaubenskongregation sei nicht erfolgt. Nach einem forensisch-psychiatrischen Gutachten an dem Geistlichen bestanden keine Bedenken, ihn weiterhin in der Seelsorge einzusetzen. Seit 2004 war der Priester in zwei Ordensgemeinschaften tätig. 2012 sprach Generalvikar Georg Holkenbrink ihm dennoch aus „präventiven Gründen“ ein Verbot für priesterlichen Dienst jenseits dieser Orden aus. Ein Umgang mit Kindern und Jugendlichen wurde untersagt. Diese Auflagen bestehen bis heute. „Durch die Meldungen 2010 beziehungsweise 2011 hatte sich zudem gezeigt, dass es bereits Anfang der 1980er-Jahre eine Kontaktaufnahme der Mutter der ersten betroffenen Person mit dem damaligen Personalverantwortlichen und Bischof Hermann Josef Spital gab. Auch Werner Huffer-Kilian hat bereits zu früheren Zeitpunkten in unterschiedlichen Kontexten und gegenüber unterschiedlichen Personen Andeutungen zu sexuellen Kontakten mit dem Beschuldigten gemacht“, heißt es im Schreiben des Bistums. Im Januar 2018 sei die Glaubenskongregation über den Fall informiert worden, diese entschied, „nicht strafrechtlich, sondern disziplinarrechtlich vorzugehen“. Bischof Ackermann habe die 2012 verfügten Maßnahmen in Form eines Strafgebotes bestätigt und dauerhaft verlängert. Zudem erfolgte ein Kontakt mit dem damals 15-Jährigen, der an einer strafrechtlichen Verfolgung nicht interessiert war und daran nicht mitwirken wollte. Die Staatsanwaltschaft Saarbrücken forderte 2019 die Akte an – im Zuge eines Gesprächs mit der für den Bereich des Bistums Trier zuständigen Generalstaatsanwaltschaft, das



Das Bistum Trier sowie auch das zweite Opfer äußern sich zu den Vorfällen vor 40 Jahren.

Foto: dpa/Harald Tittel

nach der MHG-Studie im Dezember 2018 geführt wurde. Die Studie beschäftigte sich von 2014 bis 2018 mit dem Thema „Sexueller Missbrauch in der römisch-katholischen Kirche in Deutschland“. Das Kürzel „MHG“ steht dabei für die Institutionssorte Mannheim, Heidelberg und Gießen. Wegen Verjährung wurden keine Untersuchungen eingeleitet. Die Annahme, dass dem Beschuldigten „nichts geschah“, wie im offenen Brief von Huffer-Kilian angedeutet, sei „so nicht vollständig“, schreibt das Bistum. „Ab 2010 sind die Verantwortlichen den Hinweisen im Kontakt mit den jeweils Betroffenen nachgegangen und haben die notwendigen präventiven Maßnahmen ergriffen, die bis heute andauern.“

Das sagt der damals 15-Jährige zum Vorwurf: Er habe seinen eigenen Fall intensiv über sechs Jahre hinweg aufgearbeitet, ihn abgeschlossen und in der Folge den Priester „begnadigt“, schreibt der zum Tatzeitpunkt 15-Jährige unse-

rer Zeitung. Er möchte seinen Namen nicht publik machen, genauso wenig möchte er über die Vorkommnisse von damals berichten. Dennoch wolle er die Dialogaktion von Werner Huffer-Kilian unterstützen, daher lässt er uns ein Statement zukommen, in dem er zum angesprochenen Kunstwerk schreibt: „Jede wahrhaftige und echte Kunst ist auch ein Blick in die Seelenwelt des Künstlers.“ Diese spiegele „seine Gefühle und Gedanken“ und drücke umso mehr das Wesen und Sein des Schaffenden aus, je authentischer und tiefschichtiger sie sei. Er selbst und Huffer-Kilian hätten „Aspekte des Wesens“ des Geistlichen kennengelernt, „die wir in seiner Kunst suchen und auch erkennen“. Da diese ein öffentliches Gut sei, sei es richtig und notwendig, diese Aspekte in der Kunst öffentlich zu beleuchten und zu reflektieren. Da dieses Kunstwerk in Bezug mit dem Kirchengebäude in Vallendar stehe, ergebe sich hier auch ein symboli-

scher Bezug auf die Institution Kirche selbst. Man könne hierüber auch das Verhalten von Kirchenführern Anfang der 1980er-Jahre reflektieren: „Obwohl diese von den Vorkommnissen Kenntnis hatten, haben sie sie zunächst ignoriert und im späteren Verlauf Einfluss genommen, um eine Strafanzeige zu verhindern.“ Danach sei der Fall zu den Akten gelegt worden, schreibt er. Es sei folgerichtig, dies als „Vertuschung, als Verdunklung, als Täterschutz anstelle von Aufdeckung, von Aufklärung und ‚Opferschutz‘ zu titulieren und dieses Verhalten der damaligen Kirchenleitung in dem Zusammenhang einer Kunstkritik im öffentlichen Kirchenraum zu benennen“. Gleichzeitig wolle er betonen, schreibt der damals 15-Jährige, dass er seit 2010 – nach Meldung des Missbrauchs – vonseiten der Kirchenverantwortlichen „bei der Aufarbeitung meines Missbrauchs korrekt und ohne Beanstandung begleitet und unterstützt wurde“.

Angebliche Mitarbeiter von Microsoft wollen PC-Zugriff

Telefonbetrug: RZ-Leser schildert das perfide Vorgehen der Kriminellen

Von unserem Redakteur
Martin Boldt

■ **Kreis MYK.** Erneut ist es in unserer Region zu Betrugsversuchen gekommen, bei denen Anwohner des Kreises Mayen-Koblenz Anrufer von vorgeblichen Microsoft-Mitarbeitern aus den USA erhalten haben. Johannes Roesisch aus Reudelsturz (VG Vordereifel) berichtet von dem Vorgehen der Telefonbetrüger, die sich seit Anfang des Monats bereits mehrfach bei ihm gemeldet haben: „Unser Computer sei verseucht, würde Malware und Junk versenden, und wir wären der amerikanischen Polizei aufgefallen.“ Die Anrufer sprachen ein sehr schlechtes und akzentbehaftetes Englisch. „Ich habe bei einem der Anrufe mitgespielt, um zu erfahren, was die wollen“, sagt Roesisch.

Nachdem ihm seine vermeintlich individuelle Computernummer genannt wurde, mit der sein Rechner weltweit zu identifizieren sei, erfolgten Anweisungen, Fehlermeldungen zu finden und letztlich auf einer angeblichen Microsoft-Internetseite einen Fernzugriff auf seinen Rechner zu erlauben, um seine Daten zu retten. „Ich machte dem Anrufer unmissverständlich klar, dass ich das auf keinen Fall erlauben oder ermöglichen würde. Daraufhin drohte er mir mit: 'We will blacklist your computer' und beendete das Gespräch abrupt.“

Die auf seinem Telefon eingeblendeten Nummern, bemerkt Roesisch, zeigen Vorwahlnummern, die deutschen Städten oder Regionen entsprechen könnten obwohl die Anrufer eingangs wie-



Betrüger geben sich am Telefon als Microsoft-Techniker aus. Auch in der Vordereifel haben es die Verbrecher wieder einmal versucht.

Foto: Jan-Philipp Strobel/dpa

derholt behaupteten, sie würden aus den USA anrufen. Für die Kriminalinspektion Mayen ist der Fall eindeutig: Es handelt sich um einen sogenannten Callcenterbetrug mit dem Modus Operandi „falscher Microsoft-Mitarbeiter“. „Ein bundesweit polizeiiintern seit Jahren bekanntes Phänomen“, erklärt Leiter Hans-Georg Jäger.

Mit der Masche werde versucht, sowohl auf sensible Daten des Angerufenen zuzugreifen als auch im schlimmsten Fall über das Onlinebanking des Opfers Geld an andere Konten zu überweisen. Die Polizei warnt deshalb ausdrücklich vor gleich gelagerten Anrufen und gibt Hinweise, wie sich Angerufene schützen können: Seriöse Unternehmen wie Microsoft nehmen nicht unaufgefordert Kontakt zu ihren Kunden auf. Sollte sich ein Servicemitarbeiter melden, ohne dass darum gebeten wurde, ermutigen die Beamten dazu, einfach den Hörer aufzulegen. In keinem Fall sol-

len private Daten, zum Beispiel Bankkonto- oder Kreditkartendaten, oder Zugangsdaten zu Kundenkonten wie etwa für den Bezahlendienst Paypal herausgegeben werden. Niemals sollte einem unbekanntem Anrufer Zugriff auf den eigenen Rechner beispielsweise mit der Installation einer Fernwartungssoftware gegeben werden.

Johannes Roesisch ist überzeugt: „Die Masche ist perfide, wirkt auf den ersten Blick seriös, und es gibt sicher viele Computernutzer, die sich so einschüchtern lassen, dass sie ihren Rechner für Missbrauch öffnen beziehungsweise in Abfallen laufen.“

Wer erst im Nachgang bemerkt, dass er ein Opfer geworden ist, handelt am besten wie folgt: Der Rechner wird vom Internet getrennt und heruntergefahren. Die Polizei empfiehlt im Anschluss das unverzügliche Ändern betroffener Passwörter über einen nicht infizierten Rechner. Der betroffene Rechner sollte fachmännisch überprüft und das Fernwartungsprogramm gelöscht werden.

Auch die Kontaktaufnahme mit Zahlungsdiensten und Unternehmen, deren Zugangsdaten in den Besitz der Täter gelangt sind, wird angeraten. Die Geldinstitute können in der Regel beraten, ob bereits getätigte Zahlungen zurückgeholt werden können.

➕ Eine Anzeige bei der Polizei sollte obligatorisch sein, der Betrugsversuch kann zusätzlich bei Microsoft gemeldet werden: www.microsoft.com/de-DE/concern/scam. Weitere Infos finden Sie unter www.polizei-beratung.de

Huffer-Kilian@t-online.de

Offener Treff der Kolpingjugend

■ **Mülheim-Kärlich.** Die Kolpingjugend Kärlich lädt im Juli und August für freitags von 17 bis 18 Uhr zu einem offenen Kidstreff (acht bis zwölf Jahre) und von 18 bis 20 Uhr

zu einem offenen Teentreff (ab 13 Jahren) in den Kärlicher Pfarrgarten ein. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Infos im Internet unter www.kolping-kaerlich.de

Grüner Wasserstoff bewegt

In Bussen und Bahnen soll die neue Technologie zum Einsatz kommen

■ **Kreis MYK.** Wie kann grüner Wasserstoff auf kommunaler Ebene eingesetzt werden? Dazu hatten die Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP im Kreistag Mayen-Koblenz beantragt, dass ein Konzept im Landkreis erarbeitet werden sollte. Dabei ist ein Schwerpunkt der Einsatz von Wasserstoff bei den Sammelfahrzeugen des Abfallzweckverbandes Rhein-Mosel-Eifel in Ochtendung. Wie Landrat Alexander Saftig dem Kreistag erläuterte, habe der AZV Kontakt zu Herstellern schwerer Nutzfahrzeuge aufgenommen, um Informationen für die nächste Ausschreibungsrunde seiner Sammelfahrzeuge zu erhalten. Für diese Fahrzeuge böten sich Gas, Batterieelektrik und Wasserstoff als alternative Antriebsformen zu Diesel an.

Ferner habe der Kreis nachgehört, inwieweit Wasserstoff im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) eingesetzt werden kann. Ihm habe der Geschäftsführer des Verkehrsverbundes Rhein-Mosel (VRM), Stephan Pauly, mitgeteilt, dass derzeit nur verschiedentlich Standardbusse mit Wasserstoffantrieb verkehren, sagte Saftig. Problematisch sei derzeit noch die Reichweite von nur 350 Kilometer. „Mir hat aber Herr Pauly mitgeteilt,

dass ein ÖPNV-Regelbetrieb mit Wasserstoff erst bei einer Tagesreichweite von 750 Kilometer plus entsprechender Tankinfrastruktur sinnvoll ist“, erklärte Saftig. Damit sei frühestens Mitte des Jahrzehnts zu rechnen, ebenso werde dann eine höhere Produktion von Wasserstoffbussen erwartet. Gelenkbusse mit Wasserstoffantrieb würden erst 2022/2023 in den Testbetrieb gehen.

Mit alternativen Antrieben beschäftigt sich auch der Zweckverband Schienenpersonennahverkehr (SPNV) Nord, insbesondere mit Blick auf die Lahn-Eifel-Bahn, also die Strecke zwischen Kaisersesch, Andernach und Limburg (die RZ berichtete). Die Wasserstofftechnologie für diese Strecke wurde in einer Machbarkeitsstudie untersucht, die im Juni 2020 in Auftrag gegeben wurde. „Hierzu kann ich ganz aktuell mitteilen, dass die Ergebnisse der Studie inzwischen vorliegen“, so Saftig. Die SPNV-Verbandsversammlung habe kürzlich beschlossen, Fördermittel des Bundes für einen Pilotbetrieb mit drei Wasserstoffzügen auf der Pellenzstrecke zu beantragen. Ziel sei es, beide Technologien parallel einzusetzen und dabei einen Vergleich im Echbetrieb herzustellen. Die neuen Wasserstoffzüge sollen, sofern die Förderung zügig klappt, 2024 erstmals auf die Strecke gehen. Eine Betankung ist, anders als ursprünglich geplant, zunächst nicht in Mayen, sondern in Diez vorgesehen. bro

Steinwerfer auf A 61: Glasdach zertrümmert

Polizei sucht Zeugen und Fahrer mit Dashcam

■ **Region.** Eine 59-jährige Autofahrerin ist am Freitagvormittag gegen 8.10 Uhr Opfer von Steinwerfern auf der A 61 zwischen der Anschlussstelle Plaidt und dem Autobahnkreuz Koblenz geworden. Eine Gruppe warf von der Brücke der L 123 zwischen Bassenheim und Saffig die Steine auf die Fahrbahn. Die Autofahrerin konnte nicht mehr ausweichen, sodass die Steine ihr Fahrzeug trafen und das Glasdach durchschlugen. Eine Fahndung der Polizei blieb ohne Erfolg. Die Polizei sucht nun nach Zeugen. Insbesondere Fahrer, die mit einer Dashcam zur Tatzeit die Strecke befuhren, werden gebeten, diese Aufnahmen der Polizei zur Verfügung zu stellen. Hinweise: Tel. 02652/979 50, E-Mail-Adresse pastmendig@polizei.rlp.de

Grab mit Wachs übergossen und Blumen gerupft

■ **Wolken.** Wie die Gemeinde Wolken mitteilt, ist es auf dem dortigen Friedhof zu Grabschändungen gekommen. Laut Bürgermeister Walter Hain (CDU) wurde der Schaden am Wochenende, 2. bis 4. Juli, festgestellt. Zu ähnlichen Vorfällen sei es in der Vergangenheit schon gekommen, berichtet er. Nun sind Blumen auf einem Grab ausgerissen und Kerzenwachs über diesem verschüttet worden. Das Grab sei inzwischen wiederhergestellt. Selbiges war auch im Jahr zuvor schon beschädigt worden, es habe aber auch schon andere Gräber getroffen. Im vergangenen Jahr konnte man sogar Brandlegter auf frischer Tat ertappen, die Feuer auf Gräbern entfacht hatten. Er wolle niemanden beschuldigen oder Vermutungen anstellen, sagt Hain, aber an die Bevölkerung appellieren. Zum einen sei Grabschändung kein Kavaliärsdelikt, sondern „wird im Strafgesetzbuch behandelt und entsprechend bestraft“, heißt es in der Mitteilung. Zum anderen wolle er die Friedhofsbesucher sensibilisieren, Auffälliges zu melden. fan

Breyer Ortschef ist zu Ende Juni zurückgetreten

■ **Brey.** Der Breyer Bürgermeister Manfred Bier (SPD) hat zum 30. Juni sein Amt niedergelegt. Dies hatte er Ende März verkündet. Aufgrund einer schweren Herzerkrankung sei er nicht mehr in der Lage, das Ehrenamt zum Wohl der Gemeinde auszuüben, sagt Manfred Bier im RZ-Gespräch. Bis zum Antritt eines Nachfolgers übernimmt der Erste Beigeordnete Manfred Jocham die Geschäfte. Die Wahl findet am 26. September statt. Die CDU-Fraktion hat derweil ihren Kandidaten aufgestellt: Christian Schuth wurde am 6. Juli einstimmig von der Mitgliederversammlung der CDU Brey gewählt. Der 33-jährige gebürtige Breyer ist seit 2009 für die CDU im Gemeinderat aktiv und leitet seit 2014 die Fraktion. Auf der Versammlung erklärte der Ortsverbandsvorsitzende Ralf Volk, dass der bisherige Bürgermeister seit geraumer Zeit schwer erkrankt sei. Mit Schuth habe man einen Kandidaten gefunden, der auch außerhalb von Brey bekannt und gut vernetzt sei, so der Versammlungsleiter und Vorsitzende des Gemeindeverbandes der CDU Rhein-Mosel, Jens Firmenich. Für Schuth sind vor allem die Kommunikation und der Austausch mit allen Parteien und ehrenamtlich Aktiven wichtig. Die CDU wolle Projekte abschließen wie die Sanierung der Rheingold-Schule und des Bürgerhauses sowie die Buga 2029 angehen.